

Eurokommunismus - Ursprünge, Wirtschaftspolitik und Rolle der Gewerkschaften

Dr. Karl Kühne, geboren 1917 in Bremerhaven, war bis 1959 Leiter der Verkehrswissenschaftlichen Abteilung beim Hauptvorstand der ÖTV. Seit 1960 ist er bei der Europäischen Kommission in Brüssel tätig.

Drei Hauptquellen hat der Eurokommunismus als politische Erscheinung: Die erste liegt in ideologisch-mentalitätsmäßigen Differenzierungen, die schon seit einem halben Jahrhundert der mediterranen Linken ihr besonderes Gepräge geben - was nicht ausschließt, daß dies nunmehr auch auf den Norden Europas abfärbt, zum mindesten in Dänemark und Finnland. Die zweite Hauptquelle liegt in der progressiven Ernüchterung, die selbst linientreue Kommunisten seit den großen Säuberungen der dreißiger Jahre und der Praxis des Stalinismus spätestens nach den Enthüllungen *Chruschtschows* empfunden haben, wobei diese von Dissidentenaffären überzeugter Kommunisten wie *Pljuschtsch* noch genährt wurden. Die dritte Hauptquelle muß darin gesehen werden, daß kommunistische Parteien, die der Macht ernsthaft nahekommen, allmählich pragmatische Lösungen für praktische Probleme vor allem der Wirtschaftspolitik finden müssen; es ist kein Zufall, daß die Kommunisten des ärmsten Landes der EWG die Vorteile einer echten Integration für die breiten Massen zuerst erkannten und diese höher stellten als schlechtere Lebenshaltung in nationaler Borniertheit - was die französischen Kommunisten langsamer erfaßten, die spanischen aber um so schneller.

So ist denn die Bejahung der europäischen Integration schon vor sechs Jahren von einem der führenden Theoretiker der italienischen Kommunisten (nebenbei bemerkt, litauischen Ursprungs) mit den folgenden Worten vorgenommen worden: „Die Kommunisten machen sich den Ruf nach der Einheit Europas zu eigen, be-

freien ihn von der atlantischen Verkrustung und von den doktrinären Verformungen des Gemeinsamen Marktes und geben diesem Einheitsgedanken seinen wahren Inhalt zurück, den eines Systems der Zusammenarbeit zwischen allen Völkern Europas . . . Eine Politik der europäischen Einheit kann nur verwirklicht werden in der Begegnung der katholischen Kräfte mit den sozialdemokratischen und den kommunistischen . . . , die eine breite Basis haben . . .¹"

Der Nachsatz ist besonders interessant: Man könnte daraus schließen, daß Parteien, die über eine solche Massenbasis nicht verfügen - beispielsweise die spanischen Christdemokraten oder die deutschen Kommunisten -, eben aus praktischen Gründen nicht in die Überlegungen einbezogen werden - „mangels Masse“ -, die hier eine Wiederherstellung der Front der Widerstandsjahre des Zweiten Weltkrieges anstreben.

Die französischen Kommunisten folgten einigermaßen zögernd dem Vorprellen ihrer italienischen Genossen, dem sich die Spanier rückhaltlos anschlossen; es hing dies aber mit der besonders starken nationalen Komponente zusammen, die alle französischen Parteien aus Wählerrücksicht zur Schau tragen zu müssen glauben.

Das Interesse der kommunistisch geführten Gewerkschaften

Weit früher als die politischen Parteien waren die Gewerkschaften auf den Plan getreten, im Rahmen einer Sozialpolitik, von der *Amendola* nicht ganz zu Unrecht feststellte, diese dürfe nicht als bloße Arbeitslosigkeitsbeseitigung und Kompensationsmechanismus im Rahmen des Sozialfonds verstanden werden². Die kommunistisch geführten Gewerkschaftsbünde CGIL (Italien) und CGT (Frankreich) haben bereits früh ein gemeinsames Büro in Brüssel errichtet und ihre Anerkennung durch die Gemeinschaft gefordert, was dann schließlich im August 1970 zur Aufnahme ihrer Vertreter in den Wirtschafts- und Sozialausschuß der Gemeinschaft führte.

Das Interesse dieser Gewerkschaftsbünde am Gemeinsamen Markt war durch eine Vielzahl von Faktoren bedingt, die von den Wanderungsbewegungen bis zur Sozialgesetzgebung reichen, vor allem aber in der Erkenntnis begründet liegen, daß der Gemeinsame Markt mit seiner Aufhebung der Handelsschranken einen entscheidenden positiven Beitrag zur Hebung der Lebenshaltung erbringen kann. Insofern dürfte man die ideologisch-pragmatischen Triebfedern der gewerkschaftlichen wie der politischen Komponente des Eurokommunismus in einem Atemzug behandeln können. Welche Triebfedern waren hier nun im einzelnen gegeben?

Der ideologische Hintergrund

Seit Beginn der Arbeiterbewegung in Westeuropa hatte vor allem in Spanien, aber auch in Italien und bis kurz vor dem Ersten Weltkrieg ebenfalls in Frankreich

1 Giorgio Amendola, *I Comunisti e l'Europe*, Roma 1971, S. 80, 94.

2 Amendola, a. a. O., S. 50.

eine anarchistisch-individualistische Richtung bestanden, die niemals den „demokratischen Zentralismus“ eines *Lenin* oder die Idee der Diktatur des Proletariats hingenommen hatte, wie sie in der Praxis jener Definition des „Substituismus“ seitens *Trozkis* entsprach: „Erst substituiert sich das Proletariat für die Gesellschaft, dann die Partei für das Proletariat, dann das Zentralkomitee für die Partei, dann das Politbüro für das Zentralkomitee und schließlich ein Diktator für das Politbüro ...“ Nicht von ungefähr war auch Barcelona der Sitz der „dreieinhalften Internationale“, die die trotzkistische Spielart des Kommunismus vertrat und dort v. a. in der katalanischen POUM (Partido Obrero Unido Marxista) ihre Ausstrahlung fand.

In Südfrankreich reicht das Erbe der individualistischen „linken“ Traditionen tief ins Mittelalter zurück: Damals waren es die Katharer, in der Renaissance die Hugenotten, die dieses Erbe repräsentierten; diese Traditionen verschmolzen früh mit den antiklerikal-laizistischen Tendenzen der Radikalen und Sozialisten. Die Traditionen des Arbeiterpriestertums kamen hinzu, die ihren Höhepunkt im linken Katholizismus der CFDT-Gewerkschaft fanden. Die Kommunistische Partei Frankreichs hat sich zwar von der extremen Linken, die in der Studentenrevolte von 1968 zu triumphieren schien, distanziert - sie hat aber auf all diese Richtungen Rücksicht zu nehmen, wenn sie nicht von links überflügelt werden will.

In Spanien hat die Kommunistische Partei ihr Image gegenüber den Erinnerungen an die brutalen Unterdrückungsmaßnahmen vor allem gegen die POUM, aber auch gegen Anarchisten aufzumöbeln. Sie nimmt Traditionen der linken Katholiken in sich auf; nicht umsonst galten schon in den fünfziger Jahren Jesuitenklöster als Hort gesellschaftsreformerischer Gedanken.

In Italien endlich reichen die ideologischen Wurzeln noch tiefer. Der eigentliche ideologische Ausgangspunkt des italienischen Kommunismus, von dem *Togliatti* seine Inspiration bezog, war nie in erster Linie *Lenin*, sondern der frühverstorbene Philosoph und Parteigründer *Gramsci*, in seiner geistigen Eigenständigkeit etwa *Rosa Luxemburg* vergleichbar.

Gramscis vielschichtiges Werk war getragen von einem profunden Widerstand gegen die Überschätzung des wissenschaftlichen Sozialismus, der nur allzu leicht zu einem fatalistischen Warten auf den Endsieg des Sozialismus nach dem erwarteten großen „Krach“ des Kapitalismus führt. Gramsci hat ein doppeltes Gesicht in der europäischen Arbeiterbewegung. Einmal kann er als der Vater des „Voluntarismus“ unserer Studentengeneration der Endsechzigerjahre angesehen werden³. In dieser Betonung der Spontaneität liegt ein Element der Betonung der Demokratie von unten nach oben, wenn Gramsci etwa sagt: „Nein, die mechanistischen Kräfte tragen in

³ Bezeichnend ist der Angriff Althusser, wonach Gramsci „die Revolution gegen ‚Das Kapital‘ (Marxens!) gestellt und brutal behauptet hat, daß die antikapitalistische Revolution gegen das ‚Kapital‘ von Karl Marx vor sich gehen mußte, aus der freiwilligen und bewußten Aktion der Menschen und der Massen heraus und nicht kraft eines Buches ...“ Louis Althusser, Lire le Capital, Bd. I, Paris 1969, S. 151.

der Geschichte niemals den Sieg davon; es sind die Menschen, es sind die Gewissen und der Geist, die die äußere Erscheinung gestalten und stets am Ende triumphieren."⁴ Der gleiche Gramsci sieht in der Geschichte den Weg zur Freiheit: „Letzten Endes muß jedes historische Phänomen untersucht werden anhand seiner realen aktuellen Gegebenheiten, nach seinen besonderen Charakterzügen, als Weiterentwicklung der Freiheit, die zum Ausdruck kommt in Zwecksetzungen, Einrichtungen und Formen, die . . . nicht verwechselt werden dürfen mit vergangenen . . .“⁵

Der Gärungsprozeß

So erklärt sich denn auch der scheinbare Widerspruch, der darin liegt, daß eben dieser Gramsci trotz seines Plädoyers für den Voluntarismus dessen Begrenztheit erkannte: Der Wille kann nicht alles ändern, es bedarf der historischen Voraussetzungen⁶.

Diese Konzeption Gramscis wurde zum ersten Ansatzpunkt für die „Gradualisten“ in der KPI des Südens, also für die Befürworter eines schrittweisen Vorgehens, die 1962 ihre Zeitschrift „Cronache Meridionali“ gründeten. Zur gleichen Zeit folgte im Juli dieses Jahres das bedeutsame Manifest einer Betriebsgruppe der Partei in der Kommunalverwaltung von Bologna, in der zum ersten Male das pluralistische Prinzip für die Partei gefordert wurde: „. . . Wir glauben nicht, daß unsere Partei ihre historische Aufgabe erfüllen kann, es sei denn, daß der Prozeß, den man Erneuerung nennt, verwirklicht wird . . . Wenn sich nichts ändert, wird unsere Partei zu der Rolle verdammt, die andere kommunistische Parteien in Westeuropa innehaben, einer unbedeutenden Rolle . . . Einer der wichtigsten, wenn nicht der wichtigste Punkt in dieser Erneuerung (‘renovazione’ = Reform) . . . ist das Konzept, daß die Partei darauf verzichten muß, auf eine monopolistische Ausübung der politischen Macht abzielen . . .“⁷ Es gibt Leute, die den Eurokommunismus als ein von oben auferlegtes taktisches Manöver abtun möchten. Diese und ähnliche Vorstellungen zeigen, daß er Ergebnis eines langen Gärungsprozesses war.

Schon kurz vorher hatte die linksorientierte Jugendorganisation FGCI in ihrem Blatt „Nuova Generazione“ (10. 11. 1961) Trotzki als „eine der originellsten Persönlichkeiten der Oktoberrevolution“ bezeichnet, und anarchosyndikalistische Tendenzen erschienen in der Gewerkschaft der CGIL. Eine Gruppe römischer Jungkommunisten forderte in einer Erklärung vom Oktober 1962 eine „Rückkehr zu Rousseaus Konzept der Demokratie . . . und Experimente im Sinne der ‚Arbeiterkontrolle‘ in den Unternehmen . . .“⁸

4 Gramsci, Text veröffentlicht in: *Rinascita*, Jg. 1957, S. 149.

5 Gramsci, *Il Partito Comunista*, in: *Ordine Nuovo*, 4. 9. 1920.

6 S. dazu die Auseinandersetzung zwischen Gramsci und Romeo über die Entwicklung des Mezzogiorno: Antonio Gramsci, *Il Risorgimento*, Rom 1949 und Rosario Romeo, *Risorgimento e Capitalismo*, Bari 1959; vgl. hierzu A. Gerschenkron, *Economic Backwardness in Historical Perspective*, New York 1965, Kap. 5, S. 90 ff.

7 Veröffentlicht in: *Il Resto del Carlino*, Bologna, 26. 9. 1962.

8 Vgl. die Studie des italienischen Sozialisten Giorgi Galli, *Italian Communism*, in: *Communism in Europe*, hg. von W. E. Griffith, Vol. I, Cambridge/Mass. 1964, S. 315, 326, 333.

Man könnte die Beispiele für die Gärung in der Parteimitgliedschaft, die von einem bemerkenswerten ideologischen Reifungsprozeß zeugt, beliebig vermehren. Man kann darum wohl mit Fug und Recht behaupten, daß der große geistige Umschwung zugunsten Europas, der eben gerade um die Jahreswende 1961/62 zum Ausbruch kam, die Endstufe eines echten Wandlungsprozesses von innen heraus darstellt.

Der Umschwung zugunsten Europas

Dieser Umschwung äußerte sich in zwei Stufen: Zunächst sprach sich auf dem Kongreß des Weltgewerkschaftsbundes in Moskau die Delegation der CGJX im Dezember 1961 gegen die Ablehnung der EWG durch die Mehrheit aus. Sodann hielt Amendola im August 1962 in einer Konferenz von Ökonomen in Moskau ein Plädoyer zugunsten des Gemeinsamen Marktes, in der er drei Argumente vorbrachte: Der Gemeinsame Markt ist keine künstliche Schöpfung, sondern das Ergebnis des Wirtschaftswachstums. Er hat eine erhebliche produktive Vitalität an den Tag gelegt. Die ökonomische Position der Arbeiterklasse hat sich durch ihn erheblich verbessert⁹.

Das war eine völlige Umkehr gegenüber der bis etwa 1960 vorherrschenden Unterwerfung von Gewerkschaft und Partei gegenüber den Moskauer Verdammungsthesen. Dem folgte das Ausscheiden der alten stalinistischen Garde — wie z. B. *Mauro Scoccimarro*s und seiner Anhänger - aus fast allen führenden Positionen in den Verbänden der KPI, und schließlich die „Thesen“ des Zentralkomitees zum 10. Kongreß Mitte September 1962, mit denen zum ersten Male „der Bau eines italienischen Weges zum Sozialismus . . . und die sozialistische Umgestaltung Italiens innerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung“ in den Vordergrund gestellt wurde; sie wurden vom Kongreß Anfang Dezember 1962 gegen geringe Opposition angenommen. Damit hatte sich die hier kurz skizzierte ideologische Entwicklung durchgesetzt, und die KPI wurde zum Vorreiter des Eurokommunismus.

Der Desillusionierungsprozeß

Die Stärke kommunistischer Parteien und Gewerkschaften ist um so größer, je weiter die Rote Armee und die Erinnerungen an sie entfernt sind, allerdings mit Ausnahme Finnlands. In den Randländern des Eisernen Vorhangs beläuft sich ihre Wählerschaft auf wenige Prozent, in Frankreich auf mehr als ein Fünftel, in Italien auf über ein Drittel. In Spanien sind es Erinnerungen an zuviel „Zentralismus“, die sie auf einem Elftel hielten. Die Nähe Jugoslawiens und die Partisanentradition mag zur Stärke der KPI beitragen, die letztere auch zu der der KPF.

⁹ Bericht des Jugoslawen Frane Barbieri, *Vjesnik* (Zagreb), 7. 10. 1962.

Die bitteren Erinnerungen an das brutale KP-Vorgehen vor allem in Barcelona gegen POUM und Anarchisten sind eines der Hindernisse, die *Santiago Carrillo* zu überwinden hat. Er versucht dies durch ein betont jovial-humanitäres Auftreten („Fray Carrillo“ - „Mönchsbruder Carrillo“ ist sein Spitzname!), das immerhin in seiner „Wahlfiesta“ am 12. Juni 200 000 Zuschauer anzog - nur übertroffen von dem Rekord der katalanischen Linken bei Barcelona mit 400 000. Carrillos Buch ist die erste Zusammenfassung der Prinzipien des Eurokommunismus; er und seine Freunde sollen bedauert haben, daß der Bannfluch Moskaus dagegen nicht vor der Wahl erfolgte, weil er ihnen viele Stimmen gebracht hätte. Die spanische kommunistische Partei hat einen denkwürdigen Beweis dafür erbracht, daß sie ihre Version des Eurokommunismus ernst nimmt: Vergessen wir nicht, daß sie den Mut hatte, am heftigsten und raschesten gegen den Einmarsch der Russen in die Tschechoslowakei zu protestieren - obwohl die Parteispitze, allen voran die ehrwürdige *Dolores Ibárruri*, damals noch mitten in Moskau saß. Aber eben dieser Aufenthalt ließ sie zu Zeugen eines Gutteils stalinistischer Greuel werden.

Im Grunde steckt wahrscheinlich im Eurokommunismus ein beachtlicher Teil nicht unberechtigter Besorgnis der führenden Männer, sie möchten angesichts ihrer Denkunabhängigkeit die ersten Opfer eines Einmarsches der Roten Armee sein - dieweil Sozialdemokraten und Bürgerliche, soweit flexibler, bessere Überlebenschancen hätten. Im Grunde ist der Eurokommunismus der späte Reflex der abschreckenden Wirkung des Vertrautseins mit der sowjetischen Realität; und das trifft auch für seine wirtschaftspolitische Komponente zu.

Endlich dürfen wir nicht vergessen, daß der Chile-Putsch viel dazugetan hat, den Prozeß zu beschleunigen. Vor allem *Berlinguer*, aber auch Carrillo scheuen das Gespenst des toten *Allende* und das des lebendigen *Pinochet*, für den Fall, daß sie sich mit traditioneller Uneinsichtigkeit über die Alltagsprobleme von Inflation und Massenarbeitslosigkeit hinwegsetzen würden - haben doch beide Phänomene in der Vergangenheit eher zum Faschismus als zum Sozialismus geführt.

Machtannäherung bringt Pragmatismus

Aus dieser Atmosphäre erklären sich denn auch die für Moskau unverzeihlichen Ketzereien Carrillos. Sie begannen mit jenen „unglaublichen Worten“ auf der Konferenz der kommunistischen Führungsgruppen am 29. Juni 1976 in Ost-Berlin, als Carrillo unter anderem sagte: „Die Leiden der Vergangenheit waren unsere Katakombenzeit - sie haben in unseren Reihen eine kuriose Mischung zwischen wissenschaftlichem Sozialismus, Opferungsmystik und Prädestinationslehre aufkommen lassen, so als ob wir eine Kirche mit Märtyrern und Propheten wären . . . Jahrelang war Moskau unser Rom, die Oktoberrevolution unser Weihnachten. Das war unsere Kinderzeit-heute werden wir aber erwachsen!“¹⁰. Der Schneid Carrillos, nach des-

10 Vgl. *Cambio Internacional*, Madrid, No. 291, 10. 7. 77, Artikel „Objetivo soviético: Cagarse a Carrillo“.

sen Worten die westlichen Journalisten an die Telefone rannten, hat auch die Dissidenten im Osten tief beeindruckt, allen voran - nach dessen Eingeständnis - den Ostberliner *Havemann*.

Drei Thesen stehen für Carrillo im Vordergrund, die er in seinem Buche beispielhaft belegt hat: Einmal geht es ihm um eine „Demystifizierung des Kommunismus, um seine Befreiung von einer kirchenähnlichen Dramatisierung-in einer Zeit, in der die religiösen Mythen sämtlich eine Krise durchmachen“. Von den Herren im Kreml spricht er immer nur als vom „Heiligen Stuhl“. Carrillo geht es darum, nicht mehr verpflichtet zu sein, das sowjetische Gesellschaftsmodell als verpflichtend hinstellen zu müssen, zumal er der Meinung ist, daß es den Weg zum Sozialismus eher verbaut¹¹.

Zweitens: Carrillo sagt klar, daß für ihn ein autoritäres System, das auf einer allbeherrschenden „technisch-bürokratischen Klasse“ aufgebaut ist, nicht mit dem sozialistischen Ideal vereinbar ist. Positiv gesehen will er dieses Ideal aus dem „prophetisch-utopischen Stadium“ herausbringen. Er berührt sich hier mit *Milovan Djilas* aus Jugoslawien. Allerdings will Carrillo als Instrument einzig und allein die klassische parlamentarische Demokratie gelten lassen, im Unterschied etwa zur italienischen Unken KPI, die Räteideal und Mitbestimmung in „Workers' Control“ (Arbeiter-Kontrolle) zu vereinigen meint.

Drittens: Carrillo will auf diesem Wege zu einer Transformation des Gesellschaftssystems kommen, die auch die sowjetische Gesellschaft einbegreift: Er sieht im Sowjetsystem die „These“, in der westlichen Welt die „Antithese“ und im Eurokommunismus die „Synthese“¹². Kurz: Carrillo kehrt zu dem alten Gedanken *Marxens* zurück, wonach die fortgeschrittenen Industrieländer eben doch die eigentliche Basis für das Entstehen des Sozialismus abgeben; hinzufügen muß man, daß Marx vielleicht als der erste Eurokommunist bezeichnet werden kann, denn er hat — um mit *Engels* in dessen Vorwort von 1886 zur englischen Ausgabe des „Kapital“ zu reden - wiederholt erklärt, daß in England und in den Niederlanden „die unvermeidliche soziale Revolution gänzlich durch friedliche und gesetzliche Mittel durchgeführt werden könnte“¹³.

Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Eurokommunismus in Frankreich — ein „Neo-Keynesianismus“?

Wenn die spanische kommunistische Partei die klarsten weltanschaulichen Konzeptionen entwickelt, so spricht sie sich dagegen kaum aus zu den tiefgreifenden

11 Vgl. P. F. D'Arcanis, *Espresso*, Rom, 23. Jg., 10. 7. 77, S. 11.

12 Vgl. hierzu Augusto Del Noce, *Eurocomunismo*, in: *Il Tempo*, 4. 7. 1977.

13 Vgl. etwa Marx' Brief an Kugelmann vom 12. April 1871, seine Rede in Amsterdam am 8. September 1872 und sein Interview für die „*Chicago Tribune*“ vom 5. Januar 1879; s. auch Karl Kühne, *Ökonomie und Marxismus*, Bd. I: *Zur Renaissance des Marxschen Systems*, Neuwied/Berlin 1972, S. 40.

wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten ihres Landes: zusammen mit einem der höchsten Zahlungsbilanzdefizite eine der höchsten Inflations- und Arbeitslosenraten der westlichen Welt - wobei die ersten beiden Punkte durch die kürzliche Abwertung eher verschärft werden dürften.

Den Vorrang in klaren wirtschaftspolitischen Konzeptionen haben zweifellos die französischen Kommunisten. Für ihre Bündnispartner, die Sozialisten, waren sie eine Nuance zu klar; ihre Grundkonzepte - und hier liegen KPF und CGT auf einer Linie - sind Nationalisierung, Wirtschaftsexpansion und Preisstopp, eine Mischung aus sozialistischer Tradition, Keynesianismus und Dirigismus.

Das gemeinsam mit den Sozialisten vorgelegte Nationalisierungsprogramm umfaßt 15 Großkonzerne. Hier liegt die besondere kommunistische Variante darin, daß die KPF gleich alle Tochtergesellschaften dieser Konzerne mit nationalisieren will, was rund 1450 Firmen betreffen würde, die weil die Sozialisten das schon gesetzestechnisch für undurchführbar halten. Weiter wollen die Sozialisten nicht vom Staat einlösbare, also „ewige“ Vorzugsaktien als Entschädigung ausgeben, die frei auf der Börse gehandelt werden können. Die Kommunisten dagegen wollen die Wertpapiere nach 20 Jahren einlösen, und zwar zu einem Preis, der den Durchschnitt der (besonders niedrigen) Kurse der letzten drei Jahre vor der Nationalisierung darstellt.

Der kommunistische Wille zur Wirtschaftsexpansion sollte auf Sympathie beim französischen Wähler stoßen - hat doch die Regierung *Barre* nur eines ihrer Ziele fast erreicht, nämlich den Zahlungsbilanzausgleich um den Preis einer Reduzierung des Investitionswachstums auf 0,7 Prozent, statt der geplanten Durchschnittsziffer von 7,5 Prozent für die Periode 1975 - 80, bei gleichzeitiger Jahresinflationsrate von rund 10 Prozent, wenn man nach den ersten vier Monaten dieses Jahres urteilen will. Nun haben allerdings die Kommunisten ihren Bündnispartnern einen Bärendienst erwiesen, wenn sie die Staatsausgaben quantifizierten, die sich aus dem Bündel gemeinsam geplanter Maßnahmen ergeben würden: Anhebung des Mindestlohnes auf rund 1100 DM brutto pro Monat und Anpassung der Mindestrenten daran, Familienbeihilfen vom ersten Kind ab, Bau von 700 000 Wohnungen pro Jahr, Schaffung einer halben Million neuer Arbeitsplätze pro Jahr (die Sozialisten reden nur von ca. 370 000), Anhebung der Kaufkraft aller Löhne um 3 Prozent pro Jahr, Wachstum des Bruttosozialprodukts um 6 Prozent. Das letzte Ziel wird sowohl vom Finanzministerium wie von den meisten sozialistischen Ökonomen nicht für erreichbar gehalten, da die freien Kapazitäten nur in einigen Branchen konzentriert sind und man also die Importe erhöhen müßte: 1975/76 brachte eine Expansion von 5,2 Prozent ein Handelsdefizit von 15 Mrd. DM.

Die Kommunisten haben insoweit eine Antwort parat, als sie - etwa im Sinne des auch von *Carter* angestrebten „ausgeglichenen Vollbeschäftigungshaushalts“ - die Mehrwertsteuer um 15-18 Mrd. DM, die Einkommensteuer um 23-25 Mrd. DM anheben wollen, obwohl die unteren Einkommen um 14 Mrd. DM entlastet werden

sollen. Immerhin ist das Programm „super-keynesianisch“ und würde wohl nur dann Erfolg haben können, wenn es z. B. gelänge, nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch bisher nicht berufstätige Frauen in den Produktionsprozeß einzureihen, und wenn außerdem das Planungssystem, das in den letzten Jahren lässig lief, erneut gestrafft würde - und, worin die Gefahr liegt, wenn protektionistische Maßnahmen das Außenhandelsdefizit bremsen und damit Frankreich an den Rand des Gemeinsamen Marktes bringen, aber auch die Lebensstandardanhebung gefährden. Wie dem auch sei: Die Planung kann nur ausgebaut werden mit Hilfe jener „Mandarine“, die die großen Hochschulen (ENA, Ecole Polytechnique usw.) an Administration und Industrie liefern -während gerade die Linke die Exklusivität dieser „Klubs“ kritisiert, wenn auch nicht wenige ihrer Repräsentanten auf linker Linie liegen.

*Die neue Sachlichkeit der italienischen Kommunisten:
Inflationsbekämpfung im Stil der Bundesrepublik*

Sieht man sich die italienische Situation oberflächlich an, so könnte man den Eindruck haben, die Kommunisten wären gegenüber der Regierung etwa in der Situation wie die deutschen Sozialdemokraten, wenn sie 1931 *Brüning* unterstützt hätten. Aber man täuscht sich: Immerhin ist in keinem westlichen Industriestaat die Industrieproduktion nach der Rezession so rasch wieder gestiegen wie in Italien. Man kann also nicht davon reden, daß hier nur Deflation getrieben worden wäre.

Zwei Dinge sind es, die Regierung wie KPI zur Zeit Kopfschmerzen bereiten: Das eine ist die immer noch hohe Inflationsrate. Das andere ist die Gefährdung der Erholung, bei anhaltend hoher Massen- und vor allem Jugendarbeitslosigkeit - von der ein großer Teil nicht in den Statistiken erscheint, weil die Kleinunternehmen Arbeiter beschäftigen, die gar nicht der Sozialversicherung unterliegen. In dieser Situation mag es besonders verwundern, daß die italienischen Kommunisten nicht von vornherein eine Flucht nach vorn in einen linken Keynesianismus antreten, sondern das Inflationsproblem in den Vordergrund ihrer Überlegungen stellen: So wurde von der KPI am 19./20. Februar in Rom ein Kongreß veranstaltet, der mit seiner Thematik sicherlich bundesdeutschen liberalen Prinzipien entsprechen könnte, nämlich ein Kongreß über die „Konstanthaltung der öffentlichen Ausgaben“. Dieser Kongreß ist um so erstaunlicher, als man von den führenden kommunistischen Ökonomen, die das Wort ergriffen, nicht einen einzigen Falschton ideologischer Prägung zu hören bekam, sondern weiter nichts als sachliche Analysen.

In seinem einleitenden Vortrag schilderte *Luciano Barca* die Problematik: Zunächst erklärt er, in jeder konsequent antimflationistischen Politik stelle die Politik der öffentlichen Ausgaben den entscheidenden Faktor dar. Allerdings dürfe man nicht von vornherein unterstellen, daß die Probleme Italiens gelöst wären, „wenn man einen Regen von 500 Milliarden Lire (ca. anderthalb Mrd. DM) mehr über die Industriellen niedergehen ließe“. Allerdings leugnet Barca nicht, daß im sogenann-

ten „Verdrängungsargument“ ein Körnchen Wahrheit stecken könnte; daß nämlich die öffentlichen Instanzen über ihr Defizit dem Kapitalmarkt Mittel entziehen, die somit nicht mehr für private Investitionen verfügbar seien. Aber schließlich würde eben dieses Defizit ja auch gerade durch Subventionen an die Wirtschaft aufgebläht. Die Unternehmungen - und das gilt auch für die öffentlichen - sollten eben selber Träger der Kapitalbildung sein und nicht einfach Empfänger von Mitteln, die ihnen der Staat zuführt¹⁴.

Finanzsanierung und gemäßigte Planungstendenz

Barca erkennt an, angesichts eines Defizits von etwa 9800 Mrd. Lire (ca. 27 Mrd. DM) ergebe sich die Notwendigkeit „zu einer gemeinsamen Verpflichtung dazu, daß das Anwachsen der öffentlichen Ausgaben unter der Inflationsrate gehalten wird“, also unter rund 20 Prozent pro Jahr. Er fordert einen mehrjährigen Finanzsanierungsplan, eine Reform des Staates, des Rechnungswesens, der staatlichen und verwaltungsmäßigen Organisation. Die tieferen Gründe für die Fortdauer des Defizits liegen für Barca einerseits in der zu geringen Spartätigkeit, zum anderen in einer Verringerung der Effizienz staatlicher Ausgaben, die teilweise durch eine Vervielfältigung der Entscheidungszentren bedingt ist. Barca sieht einen grundlegenden Widerspruch in der Konsumneigung, mit der man auf europäischem Niveau angeht sei, dieweil man weder in der Exportkraft noch in den Investitionen pro Kopf entfernt an das europäische Niveau heranreiche. Das Heil sieht Barca in einer Vielzahl von Maßnahmen: bessere parlamentarische Kontrolle und mehrjährige Finanzplanung, Blockierung der laufenden Ausgaben und Verringerung des Anteils der Transferzahlungen, Anhebung der Beitragssätze der Sozialversicherungen, Auflösung unnützer Unternehmens- und Verwaltungseinrichtungen (z. B. der Provinzen), Reform des Gesundheitswesens, der Agrarsubventionen, Anhebung der Produktivität im Bildungswesen durch Programmierung, Verlagerung von Verkehrsleistungen auf Bahnen und öffentlichen Nahverkehr, Wiederbelebung der Bauwirtschaft, Neuordnung der kommunalen Finanzen mit Ausrichtung auf öffentliche Investitionen, Neuordnung des Subventionswesens bei gleichzeitiger Sanierung der Unternehmensfinanzen durch Herstellung gesunder Relationen zwischen Risikokapital und Fremdkapital; all das im Rahmen eines „hohen Grades von Planung . . . mit Vermeidung einer Tendenz zur Bürokratisierung . . . im öffentlichen wie im privaten Sektor . . . , die die Verwaltungs- und Unternehmenssysteme zur Sklerose verdammt, sie taub werden läßt für die Nachfrage von unten und unfähig zur Anpassung an wechselnde Anforderungen . . .“¹⁵

In dieser Argumentation überwiegen die deflationär-reformerischen Tendenzen, aber auch die unternehmensfreundlichen Töne in überraschender Weise - für Keynesianer fast zu sehr, weshalb auch die italienischen Sozialisten in dieses Sich-

14 Vgl. „Dibattito sul contenimento della spesa pubblica“, *Mondo Economico*, 5. 3. 1977, S. 43 ff.

15 *Mondo Economico*, ebenda, S. 45.

überschlagen vor Verantwortlichkeit nicht voll einstimmen. Richtig ist an dieser Analyse, daß das Haushaltsdefizit Italiens seit 1967 nie unter 3 Prozent des Brutto-sozialprodukts lag und 1975/76 mit 10 Prozent relativ doppelt so hoch war wie in der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA, wobei leider aber die konjunktur-belebende Wirkung 1975 mit knapp 1 Prozent nur die Hälfte der deutschen oder amerikanischen betrug¹⁶.

Erfolge in Italien unter kommunistischer Mithilfe

Der *McCracken-Bericht*, dem wir diese Ziffern entnehmen, läßt allerdings auch positive Ergebnisse der italienischen Wirtschaftspolitik erkennen: Das Zahlungsbilanzdefizit wurde dank der Abwertung der Lira im freien „Floating“ von 8 auf 1 bis 2 Prozent des Bruttosozialprodukts reduziert, die Arbeitslosenrate blieb mit 3 Prozent auf dem Tiefstand der Rezession, ein bis zwei Punkte unter der der anderen europäischen Länder (außer in den kleineren), und wenn auch die Unterauslastung des Produktionspotentials mit rund einem Zehntel genauso schlimm war wie in der Bundesrepublik und den USA, so hat doch die Kurve der Industrieproduktion in keinem der führenden Industrieländer so rasch die langfristige Trendlinie wieder erreicht und sogar überschritten wie in Italien. Das darf einstweilen auf das Pluskonto der von den Kommunisten gestützten Regierung *Andreotti* gutgeschrieben werden, die allerdings die Inflationsrate noch nicht wesentlich senken konnte¹⁷, wobei die Haltung des kommunistischen Gewerkschaftsbundes CGIL sehr positiv wirkte.

Die kommunistischen Ökonomen nehmen aber eben diese Inflationsrate besonders ernst. Sie haben das Verdienst, darauf hingewiesen zu haben, wie gerade der Staatshaushalt durch die inflationsmäßig hochgetriebenen Zinsen zu leiden hat: So schildert der Leiter des Wirtschaftsinstituts der KPI, *Eugenio Peggio*, die Aufblähung der Passivzinsen des Staates für die für Investitionen (und zum Teil laufende Ausgaben) aufgenommenen Kredite; diese Aufblähung beträgt für Staat und Gemeinden 1976/77 67,5 Prozent, und die Zinsaufwendungen liegen mit 9300 Mrd. Lire im Jahre 1977 um 70 Prozent über den gesamten Investitionsausgaben der öffentlichen Hand! Peggio gibt praktische Beispiele: Ein Schulbau mit 20 Klassen verursacht direkte Baukosten von einer Mrd. Lire, kostet aber bei Kreditaufnahme mit Zinseszins in einem Jahrzehnt 4,41 Mrd. - die Autobahn in den Abruzzen sollte 220 Mrd. direkt kosten und kostet in Wirklichkeit mit Zinseszins 800 bis 900 Mrd.¹⁸.

Den Finger auf die Wunde legen in ihrer Einzelanalyse der realen Finanzlage *Leonello Raffaelli* und *Giuseppe D'Alema*: 1975 betrug die Passivzinsen noch 3,3 Prozent des Bruttosozialprodukts, 1977 sind es schon 6 Prozent - das bedeutet, daß sie allein rund zwei Drittel des globalen Haushaltsdefizits ausmachen. Die Autoren

16 Vgl. McCracken-Bericht der OECD: „Towards Full Employment and Price Stability“, Paris, 11. 5. 1977, Dok. C (77) 60, S. 88-101.

17 Vgl. hierzu McCracken-Bericht, a.a.O., S. 98/99, 113.

18 *Mondo Economico*, a.a.O., S. 47/48.

folgen dem Minister *Pandolfi*, der im Hinblick auf den niedrigen Anteil der direkten Steuern am Steueraufkommen feststellt, die Steuerquote müßte mindestens 25 Prozent (statt 23,6) betragen; dann hätte man 4000 Mrd. Lire mehr Einnahmen und damit fast die Hälfte des Defizits gedeckt. Die Autoren sprechen aber von einem Vergleich mit Großbritanniens Steuerquote von 29,9 Prozent: Das würde mit 12 000 Mrd. Mehreinnahmen eine expansive Investitionspolitik erlauben.

Die Schlußfolgerungen der KPI-Ökonomen

Vor allem Raffaelli und D'Alema ziehen Schlußfolgerungen, die für die Nüchternheit ihrer Analyse zeugen, sie aber vielleicht nicht gerade populär erscheinen lassen; außerdem erscheinen sie in überraschendem Maße unternehmensfreundlich¹⁹: „Nur mittels einer gerechter verteilten Steuerlast. . . kann man die Effekte der Wirtschaftspolitik erreichen, die der Steuermodifizierung zufallen; es sind dies viele:

- Es geht darum, das Risikokapital zu fördern und nicht einfach nur den externen Kredit.
- Es geht darum, die Modernisierung der Unternehmen zu fördern.
- Es geht darum, nicht notwendige Konsumformen zu verlangsamen und zu entmutigen beziehungsweise solche, die die Importe belasten.“

Tatsächlich dürfte das verfügbare Haushaltseinkommen in Italien mit rund 86 Prozent des Volkseinkommens eine Höhe erreicht haben, die praktisch kaum mehr Erneuerungs-, geschweige denn Erweiterungsinvestitionen zuläßt und die Zukunft des Landes und seiner Arbeitsplätze schwer gefährdet. Daß es aber ausgerechnet die Kommunisten sind, die den Finger auf diese schwärende Wunde legen, muß überraschen. Offenbar hält sich die Partei für stark genug, ihren Anhängern einen Weg in die Zukunft durch Blut und Tränen zu weisen.

Eine andere mutige Stimme ist die von *Napoleone Colajanni*, der angesichts der von allen Parteien - auch der seinigen - geförderten Regionalisierung darauf hinweist, „die Erfordernisse der Wirtschaft in ihrer Gesamtheit machen es notwendig, daß die Manöver der öffentlichen Ausgabenpolitik einheitlich geführt werden. Es gibt somit eine objektive Forderung nach einer Zentralisierung . . . Damit stellt sich in aller Intensität eben gerade die Frage nach der Relation zwischen Zentralgewalt und (regionaler) Autonomie. Bis jetzt ist aber die traditionelle Annäherung an diese Frage überwiegend eine juristische geblieben . . .“²⁰

Bis jetzt hat man die Dinge schleifen lassen, mit dem Ergebnis, daß das kumulative Defizit der Kommunalinstanzen sich 1975 auf 8000 Mrd. Lire (ca. 20 Mrd. DM)

¹⁹ Ebenda, S. 53.

²⁰ Ebenda, S. 51.

belief und daß 70 Prozent ihrer Ausgaben durch Kredite finanziert werden mußten, bei praktischer Stagnation der realen Investitionen, deren Anteil an den Gesamtausgaben von 17,7 Prozent 1972 bis 1975 auf 15,2 Prozent absank²¹.

Der italienische Eurokommunismus unterscheidet sich somit vom französischen durch eine sehr viel größere Annäherung an die Realität: Wenn der letztere eine Art „Keynesianismus bis zum Äußersten“ predigt, so hat die italienische Spielart eine sehr vorsichtige vielschichtige Analyse gewählt, die der deutschen mittelfristigen Finanzplanung nahekommt, auch und gerade in ihrer Vorsicht - mit dem Unterschied, daß die Italiener mit ihrer hohen Inflationsrate und dem Gespenst des inflationsbedingten Sturzes Allendes in Chile im Schrank zu dieser Vorsicht allen Anlaß haben, die weil wir des Guten sicherlich zuviel getan haben.

Die Forderungen der italienischen Kommunisten nach einer Steuerreform, einer Erhöhung des Anteils der direkten Steuern und einer Neuregelung der quasi-föderalistischen Finanzstruktur können in deutschen Ohren nur auf Beifall stoßen, zumal sie begleitet sind von ausdrücklicher Rücksichtnahme auf die Investitionserfordernisse und die Autonomie der Unternehmen, bei gleichzeitiger Forderung nach Abbau ungerechtfertigter Subventionen und einer Erhöhung der Effizienz der öffentlichen Ausgaben.

Die gewerkschaftliche Richtung zeigt neuerdings sehr starke Anklänge an die vorsichtigere Lohnpolitik der deutschen Gewerkschaften, wobei allerdings eine Steuerreform die Voraussetzung dafür sein dürfte: Ähnlich wie in Großbritannien war es ja die „Steuerdrift“, das Hineinrutschen in höhere Steuerklassen bei Lohnerhöhungen, die die Reallohnsteigerungen unzureichend hielt und somit über die Steuerpolitik die Inflation noch anheizen half. Die Rufe nach „Workers'Control“, also nach Arbeiterkontrolle, lassen die Hoffnung aufkommen, daß in der Mitbestimmungsfrage eine Annäherung erfolgt.

Wir Deutschen sind allzugern geneigt, nur denen helfen zu wollen, die nach unserem Muster „ihr eigenes Haus in Ordnung bringen“. Die italienischen Kommunisten haben offensichtlich den Willen und wohl auch die Fähigkeit dazu. Würde es sich vielleicht unter diesem Gesichtspunkt geradezu empfehlen, daß sie direkter an der Regierungsverantwortung beteiligt werden - gerade vom deutschen und amerikanischen Standpunkt aus -, damit man Wirtschaftshilfe in verantwortungsbewußte Hände geben kann statt in die der Christdemokraten, die für die jahrelange Stagnation und die Inflationsorgie verantwortlich zeichneten?

21 Ebenda, S. 54.